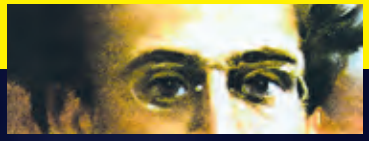
Heft 11-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz









J. Bischoff/G. Siebecke: Audi-Chef als US-Wahlkampfhelfer

K. Burmeister/J. Scholz: Erneuerung in Krisenzeiten?

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von Ulrich Brand, Uli Schöler, Klaus Lang, K. Kohlmeyer/B. Müller, Detlef Umbach, Wolfgang Müller, Thomas Jaitner, Uwe Roßbach, Erhard Korn, C.-J. Göpfert

Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de. mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und Spenden. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Zwischen Energiewende und politischer Blockade

Auf der COP 31 soll diesmal ein Elektrifizierungsziel beschlossen werden. Die Internationale Energieagentur (IEA) wurde beauftragt, einen Realitätscheck vorzunehmen, der bestätigt: Eine schnelle Elektrifizierung sorgt für mehr Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz. [...]

Berliner Linke in der Zerreißprobe

Die Linke holte im Norden von Neukölnn die absolute Mehrheit der Zweitstimmen. CDU und AfD strandeten bei jeweils gut 5%, die SPD schaffte keine 9%. Auch landesweit war die Die Linke mit 25,7% nicht nur Wahlsiegerin, sondern kratzte bei jungen und muslimischen Wählern sogar an der 50%-Hürde. [...]

Klassenkampf von oben

Arbeigeberpräsidenz Rainer Dulger kleidet seine Drohungen an die Regierungsparteien in eine drastische Sprache: »Hält der Lähmungszustand bis zur Wahl an, wäre das politisch und ökonomisch eine Katastrophe.« [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 11 | November 2026 | 53. Jahrgang | Heft Nr. 521

USA auf dem Weg zur Oligarchie und China zur KI-Nation?

Joachim Bischoff:
Ungleichheit & Affordability-Crisis 2

Detlef Umbach:
Amerika vor den Midterms 9

Wolfgang Müller: Die Rolle von KI in Chinas
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 13

Weichenstellungen auch In Europa

Thomas Jaitner: »Spanische (sozialdemokratische) Ausnahme«
oder Rechtsruck? 17

Bernhard Sander: Marine Le Pen bereit zur Machtübernahme? 23

Die Lage der Berliner Republik

Redaktion Sozialismus: Schwarz-Rot – wie weiter? 28

Klaus Lang: Magdeburg und die Folgen. Union im Zerreißprozess, Parteiensystem
im Umbruch, Sozialstaatsfrage als Schlüssel 30

Klaus Kohlmeyer/Bernhard Müller: Von der Wohnungs- zur Sozialstaats-
und zur Demokratiekrise 35

Ulrich Brand: Die Linke als Partei der Vielen in der sozial-ökologischen
Transformation. Ein Blick zurück aus Mitte der 2030er-Jahre. 41

Forum Gewerkschaften

Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: Audi-Chef als »Marionette
in Trumps Propagandashow« 46

Kai Burmeister/Jendrik Scholz: Funktioniert gewerkschaftliche Erneuerung
in Krisensituationen? Suchbewegungen am Beispiel Baden-Württembergs 48

Kulturpessimismus?

Claus-Jürgen Göpfert: Was Theater kosten darf
Marode Bühnengebäude bringen nicht nur Frankfurt in Bedrängnis 53

Aus der Geschichte lernen

Erhard Korn: Die sozialdemokratische Bolschewistin
Clara Zetkins Briefe 1924–1933 57

Uwe Roßbach: Vor 100 Jahren: Antonio Gramsci wird in Rom verhaftet 61

Buchbesprechung

Uli Schöler: »Sich ändern, um sich treu zu bleiben«
Zu Peter Brandts Erinnerungen und Begegnungen 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 45
Veranstaltungshinweise 68
Gerd Siebecke: Alte Liebe (Filmkritik) 69

Die Linke als Partei der Vielen in der sozial-ökologischen Transformation

Ein Blick zurück aus Mitte der 2030er-Jahre

von ■ Ulrich Brand

Wir blicken etwa zehn Jahre zurück. Der Hitzesommer 2026 brachte den gesellschaftspolitischen Umschwung. Nicht sofort, aber aus heutiger Sicht doch relativ rasch in den darauffolgenden Jahren. Es wurde mehr denn je deutlich, dass es »so« nicht weitergeht. Hitze und Trockenheit, Waldbrände und Ernteausfälle, steigende Lebensmittel- und Energiepreise.

Auch wenn in der Politik die fossilen Kräfte, getrieben von starken Wirtschaftslobby, noch am Drücker waren – Ministerin Katherina Reiche wurde erst Ende 2027 aus der Regierung geworfen, weil die einseitige Interessenvertretung der Öl- und Gaskonzerne nicht mehr haltbar war. Zunächst noch gewann die AfD bei einigen Landtagswahlen an Stimmen deutlich und stellte ab Herbst 2026 in Sachsen-Anhalt sogar erstmals einen Landtagspräsidenten. Doch neben ihrer neoliberalen Politik, ihren spalterischen Ressentiments war die Leugnung der Klimakatastrophe ein Faktor für ihren bald einsetzenden Abstieg. Die Unionsparteien blieben konzeptionslos und die Bundesregierung wurde immer schwächer.



Foto:Symbolbild, KI-generiert Harald Heck

Auslöser für die hohe Priorität der ökologischen Krise und insbesondere der Klimaerhitzung waren die erdrückenden Erfahrungen, unterstützt von den Einsichten der Klimawissenschaft. Viele Menschen, die in ihren kaum isolierten Wohnungen oder am Arbeitsplatz unter der Hitze litten, empfanden es als ungerecht, dass die Wohlhabenden in ihre Häuser auf dem Land ziehen, es sich in ihren klimatisierten SUVs einrichten konnten. Und insbesondere die Reichen und Superreichen – das zeigten viele Studien wie jene des französischen Ökonomen Lucas Chancel – waren mit ihren Investitionen in fossile Branchen und mit ihrer Lebensweise für die Klimakrise haftbar.

Ab 2027 wurde die Bewegung für Klimagerechtigkeit wieder stärker. Die ebenso wachsende Anti-Militarismusbewegung argumentierte, dass sich zwar durchaus neue geopolitische Gefährdungslagen ergeben hätten. Aber die einseitige Antwort von Aufrüstung um jeden Preis würde einem fossil-industriellen-militärischen Komplex in die Hände spielen, die nicht nur politische Alternativen für eine Friedensordnung blockiert. Der militärische Sektor sei für die hohen Treibhausgasemissionen mitverantwortlich.

Und die anti-faschistischen Kräfte fanden immer mehr Gehör mit der Position, dass die autoritären und faschisierenden Tendenzen bewusst auf rassistisch konnotierte Ent-Solidarisierung setzen, ein ausgrenzendes Gemeinschaftsgefühl für die männlich-weiße Dominanzgesellschaft nur vorgaukeln und vor allem den Vermögenden die-

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur der Zeitschrift »LuXemburg«. Gemeinsam mit Markus Wissen entwickelte er den Begriff der »imperialen Lebensweise«. Gemeinsam publizierten sie zuletzt das Buch »Kapitalismus am Limit« (https://imperiale-lebensweise.de/).

nen. Die neoliberalen Politiken des Sozialabbaus oder die zunehmende internationale Spaltung und die Verarmung von immer mehr Menschen wurden von der extremen Rechten eher vertieft.

Kapitalismus am Limit

Der weit verbreitete Eindruck war, dass der Kapitalismus als Gesellschaftsformation immer weniger produktiv ist und seine Versprechen, dass für die Vielen auch etwas »übrig« bleibt, nicht mehr einhält; dass immer mehr Menschen im Alltag kämpfen, um über die Runden zu kommen – dieser Unmut wurde lange von der extremen Rechten in Wahlstimmen und Stimmung umgemünzt. Doch die hatten außer Ressentiments gegen Schwächere und Andere wenig zu bieten. Deren Spiel mit der Angst vieler Menschen, dass sie und nicht die Mächtigen und Reichen die Kosten für den sozialen und ökologischen Umbau tragen müssten, verfing immer weniger. Aufgrund überzeugender linker Alternativen kippte die Stimmung. Die Linke wurde – im Bündnis mit anderen Kräften – zum »Pol der Hoffnung« (Michael Brie).

Doch rückblickend war ein kulturelles Moment besonders wichtig, das im Sommer 2026 wachsende Teile der Bevölkerung für einen radikaleren Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft öffnete. Ein Gefühl der Trauer über den Verlust einer Welt, in der ohnehin nie alles toll war. Dennoch gab es eine gewisse Stabilität, Planbarkeit und Sicherheit; das alles rutschte weg. Die warnenden Stimmen der Klimawissenschaft, die selbst wegen der Beschleunigung des Klimawandels überrascht war, trafen auf eine diffuse, nicht unbedingt kämpferische Stimmung des Abschiednehmens von einer Welt und von Gewissheiten, wie wir sie kannten. Auch wenn die Bundesregierung nach dem Sommer 2026 so tat, als wenn es sich eben um ein paar heißere Tage, eine außergewöhnliche Dürre, eine nie dagewesene Zahl von Hitzetoten handelte. »Das geht vorbei« sollte suggeriert werden. Doch diese Ignoranz wurde immer unglaubwürdiger.

Die Dynamik entfaltete sich wenig später. Die Partei Die Linke wurde, in enger Kooperation mit sozialen Bewegungen, progressiven NGOs und Teilen der Gewerkschaften, zu einem zentralen Akteur in der Bewegung für den raschen und radikalen sozialen und ökologischen Umbau. Insbesondere in Ostdeutschland wurde die AfD dadurch geschwächt, weil dort der soziale und ökologische Umbau im Interesse der Vielen besonders entschieden vorangetrieben wurde.

Der Zulauf der extremen Rechten wegen zunehmend prekärer oder als prekär wahrgenommener Lebensverhältnisse vieler Menschen, nicht zuletzt wegen der seit Jahrzehnten stattfindenden neoliberalen Privatisierungen und Deregulierungen, wurde mit starken politischen Akzenten gestoppt. Die Sicherung des Lebensstandards der Vielen – von Einkommen über soziale Sicherung bis zur Rente, von Mietendeckeln bis Anti-Inflationspolitik – wurde verbunden mit dem Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge. Diese sozialen Fragen wurden mit ökologischen dahingehend verknüpft, dass es in beiden Feldern um fossile Macht und skandalöse Ungleichheit geht, die bekämpft werden müssen. Und dass dafür die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung grundlegend umgebaut werden muss.

Widersprüche von links bearbeiten

In Interviews, Talkshows und Stellungnahmen sprachen die öffentlichen Personen der Linken völlig selbstverständlich davon, dass eine grundlegende Politik für den sozialen und ökologischen Umbau auf viele Widersprüche treffe. Diesen könnten wir nicht ausweichen, sondern sie sollten mutig und weitsichtig angegangen werden. Die Beschäftigten der Automobilindustrie etwa – um an eine Mitte der 2020er-Jahre enorm wichtige Auseinandersetzung zu erinnern – sollten weiterhin sichere und auskömmlich bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten haben, aber eben verstärkt in anderen Branchen. Züge, Busse und Straßenbahnen wurden ja dringend benötigt. Und es wurde immer betont: Schuld an der Misere, die nun die Beschäftigten ausbaden müssen, waren die Unternehmenseigner und das Management, die nur auf hohe Profite und Boni starrten. Und die Profite waren weiterhin absurd hoch. Das kam an: »Umbaufragen sind Machtfragen!«

Ein zweiter Widerspruch lag darin, dass ein sozialer und ökologischer Umbau viel Kompetenz und Engagement erfordert, dass Häuser, sogar Betriebe selbstverwaltet sein sollten. Doch gleichzeitig basierte der neoliberale Kapitalismus darauf, dass Zeit entgrenzt und viele Menschen alltäglich überfordert wurden. Die Linke unterstützte entsprechende Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung; mit Lohnausgleich insbesondere für jene mit geringeren Einkommen. Doch sie machte auch die vielen Aktivitäten sichtbar und brachte sich über ihre Mitglieder ein, wenn Nachbarschaftsnetzwerke und kollektive Sorgearbeit gestärkt wurden, was nicht nur angenehm war, sondern auch zeitlich entlastete. Menschen bekamen auch wieder vermehrt Lust auf inhaltlichen Austausch und Bildung – weil es sich lohnte und weil schlicht Zeit dafür vorhanden war. »Zeitwohlstand« kam bei vielen Menschen gut an. Initiativen zu Arbeitszeitverkürzung wurden von prominenten Ökonomen wie Thomas Piketty wissenschaftlich untermauert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war und ist bis heute ein wichtiger Akteur vielfältiger bildungspolitischer Initiativen, sie war zentrale Stichwortgeberin der Debatte um »Sorgende Städte« (Barbara Fried und Alex Wischnewski). Es ging um eine Neuausrichtung der Stadtentwicklung hin zu versorgungsnahen und für alle Menschen zugänglichen Leistungen für das tägliche Leben. Kommunales Eigentum, die nicht-profitorientierte Nutzung des Bodens und die Beteiligung der Betroffenen wurden wichtig. Die Mieten konnten stabilisiert, in den überteuerten Städten teilweise gesenkt werden. Und viele Menschen machten in einem Alltag der kürzeren Wege eine unglaubliche Erfahrung: »Endlich habe ich wieder mehr Zeit für mich, meine Lieben, meine Interessen, für gesellschaftspolitisches Engagement!«

Der dritte Widerspruch, der von links wieder und wieder betont wurde, war die Tatsache, dass unter Bedingungen profitorientierter Investitionsentscheidungen die allermeisten Menschen

ja gar nicht mitbestimmen können, wie denn nun eine zukunftsfähige Produktions- und Lebensweise aussehen könnte. Sie waren einfach außen vor. Daher verfing nach und nach das Thema der Wirtschaftsdemokratie, die systematische Zurückdrängung der rein am Profit orientierten Investition. Die Mitbestimmung wurde ausgeweitet, sozialökologisch planende Wirtschaftspolitik zu einem wichtigen Leitbild, das auch verfolgt und finanziert wurde. Ein zentrales Element waren und sind bis heute der Ausbau des Dienstleistungssektors (insbesondere Bildung, Gesundheit und Pflege), der sozialen und ökologischen Infrastrukturen bei der Energieversorgung und Kommunikation, Mobilität und Wohnen. Mit ihnen wird auch das Leben günstiger, weil möglichst hohe Profite keine Rolle mehr spielen. Ein transparenter und gut organisierter öffentliche Sektor war der Kern der sozialen und ökologischen Infrastrukturen. Begriffe wie »Alltagsökonomie« oder »Fundamentalökonomie« sind längst in den politischen Alltagsverstand der Menschen eingegangen.

Die breite soziale Bewegung für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hatte enorme Kraft entwickelt. Angefangen bei Fragen des Wohnungseigentums wurde dies gegen Ende der 2020er-Jahre ausgeweitet auf die digitalen Infrastrukturen wie die Plattformen Sozialer Medien. Die Auseinandersetzungen um den Bau und die Nutzung von Rechenzentren wurden zu einem wichtigen Konflikt. Die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie hat die Debatte um das Warum und Wie der Produktion von Militärgütern sichtlich verändert. Die Linke war hier glaubwürdig in den Kämpfen präsent und erreichte wichtige Erfolge, etwa in der Gesetzgebung oder in der öffentlichen finanziellen Unterstützung alternativer Wirtschaftsformen. Dem von rechter Seite wieder und wieder beschworenen Gespenst der »Verstaatlichung« – will sagen: Planwirtschaft nach altem Stil – wurde mit plausiblen Argumenten begegnet. Es war schon fast lustig, wie das Gekreische eines inzwischen weitgehend vergessenen Bundeskanzlers, Friedrich Merz, Mitte der 2020er-Jahre und seiner Entourage zur Verteidigung der »freien Marktwirtschaft« und »freien Investitionsentscheidung« immer weniger gehört wurde.

Die in der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre anhaltende und sich vertiefende Wirtschaftskrise offenbarte einen vierten Widerspruch, der auch progressive politische Kräfte – insbesondere Gewerkschaften – durchzog. Starkes kapitalistisch getriebenes Wirtschaftswachstum verbesserte als Folge heftiger Kämpfe der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen auch die materielle Situation vieler Menschen. Doch diese Konstellation gab es nicht mehr – in der Krise zeigten die Vermögenden und das Management, dass sie immer weniger zum Ausgleich bereit waren. Ihre Antwort auf die andauernde Wirtschaftskrise war Austeritätspolitik und das falsche Versprechen auf Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie. Doch das verfing immer weniger. »Postwachstum« wurde eine wichtige Orientierung dahingehend, dass Wohlstand für die Vielen unter Bedingungen ausbleibenden Wachstums geschaffen werden sollte. Das war auch aus ökologischen Gründen geboten, weil der Energieverbrauch und Rohstoffdurchsatz drastisch reduziert werden mussten.

Schließlich: Die Linke wurde zum anerkannten Sprachrohr eines fünften Widerspruchs, mit dem sich ein sozialer und ökologischer Umbau in einem Land wie Deutschland konfrontiert sah und bis heute sieht: Die sich damals noch vertiefende »imperiale Lebensweise«, also der als normal empfundene Zugriff auf billige Arbeitskraft und Rohstoffe andernorts, wenn Waren wie Handys und Medikamente, Kleidung und industrielle Lebensmittel und vieles andere produziert und konsumiert werden. Damit leben Menschen, müssen sie ja auch, wenn es keine Alternativen gibt. Aber, und das war die linke, befreiende und überzeugende Perspektive: Angetrieben wird die imperiale Lebensweise nicht von der »Gier der Menschen«, sondern von den Profit- und Verwertungsinteressen des Kapitals, indem Arbeitskraft und Natur inwertgesetzt werden und das in der kapitalistischen Konkurrenz möglichst billig. Der Kapitalismus als Produktions- und Lebensweise, so das Argument damals, frisst sich immer tiefer in den Arbeits- und Konsumalltag sowie in die Köpfe der Menschen ein, diszipliniert sie, schafft ihnen materielle Möglichkeiten, nutzt die unbezahlte Arbeit – oft von Frauen geleistet. Und der Kapitalismus war immer kolonial, ausgreifend auf andere Orte: Auf die ländlichen Räume um die Städte herum, auf fernere Regionen innerhalb von Europa und vor allem in die Gesellschaften des Globalen Südens.

Die imperiale Lebensweise basiert auf Klassen-, patriarchalen, rassifizierten und international höchst ungleichen und ausbeuterischen Verhältnissen. Sie ist aber auch – und das ist entscheidend für eine linke Perspektive – Ausdruck der Tatsache, dass Menschen mit ihren Organisationen unter kapitalistischen Bedingungen um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Ein relativ guter Wohlfahrtstaat, öffentliche Infrastrukturen und gewisse Verteilungsspielräume sind eben auch Teil globaler Ausbeutungsverhältnisse. Die imperiale Lebensweise ermöglicht großen Teilen der Bevölkerung – nicht allen! – ein relativ besseres Leben als Menschen andernorts. Doch das spricht nicht dagegen, für ein besseres Leben hier und jetzt zu kämpfen, denn unter kapitalistischen Bedingungen bleibt das eben zweischneidig. Die imperiale Lebensweise bleibt ein Zwang, denn sie erfordert Arbeitsdisziplin und Konkurrenz, lässt Menschen in Statuskonsum nur scheinbar glücklich werden, etabliert eine Kultur des »Kauf dich glücklich!« für immer neue und profitable Geschäftsmodelle.

Lange Zeit war die Ausbeutung von Menschen andernorts und der Natur eine Art kapitalistischer Kompromissformel. Die Menschen wurden in der vermeintlichen Alternativlosigkeit von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zum Mitmachen gezwungen. Doch die Synthese von neoliberalen und rechten Kräften sowie die Schwäche der Linken und Gewerkschaften führten dazu, dass diese Kompromisse einerseits aufgekündigt wurden. Sie waren aber auch angesichts sinkender Wachstumsraten kaum mehr möglich. Das haben immer mehr Menschen erkannt.

Solidarische Lebensweise

Der Umbau von der imperialen zu einer solidarischen Lebensweise ist weiterhin eine große Herausforderung. Doch sie ist machbar. Die Forderungen für den sozialen und ökologischen Umbau wurden von immer mehr Menschen als essenziell verstanden, um der Klimakrise auf sozial gerechte Art und Weise zu begegnen. Und dort, wo Die Linke in Parlamenten stark und in Regierungen vertreten war, trieb sie das voran. Der Fokus lag eindeutig auf der Frage: Was kann im sozialen und ökologischen Umbau für die Vielen gewonnen werden?

Es ging weiterhin um die wichtigen und legitimen Kämpfe, dass die Vielen stärker am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben. Doch dabei gab es entscheidende Verschiebungen. Zum einen wird Wohlstand anders gedacht, nicht als individuelle Konsummöglichkeit (was er ja nie war). Die sozialen und öffentlichen Infrastrukturen sind ein entscheidendes Moment des Guten Lebens für alle. Zweitens bedeutet Wohlstand nicht mehr Verteilung aus einem vermeintlich immer stärker wachsenden Kuchen. Der Kuchen selbst muss anders gebacken werden, nicht mehr zuvorderst kapitalistisch und einseitig profitorientiert. Denn gewachsen sind in der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus die Profite, aber nicht mehr die Produktion und der Konsum an notwendigen Lebensmitteln. Die Linke spielte eine wichtige Rolle im gerechten Umbau: Bei den Initiativen des Ausbaus der Daseinsvorsorge, progressiver Steuerreformen, der Begrenzung von Vermögen. Die Konsumkultur, die von den Marketingabteilungen profitorientierter Unternehmen und »Sozialen« Medien immer perfider vorangetrieben wurde, erhielt Risse. Die Deckelung der Einkommen von Linken-Politiker*innen waren symbolisch enorm wichtig und erhöhten ihre Glaubwürdigkeit.

Die Verteidigung der Errungenschaften der liberalen Demokratie war und ist ein wichtiger Ansatzpunkt gegen die autoritären Kräfte. Doch das bleibt eng verbunden mit einer Kritik an der liberalen Demokratie, weil sie zwar auch Rechte für die Vielen sichert, zuvorderst aber Sonderrechte für jene, die über großes Eigentum verfügen. Die »Demokratisierung der Demokratie« wurde damals eine wichtige Orientierung. »Sozialismus« wurde seither wieder sagbar, die autoritäre realsozialistische Patina verflog. Immer mehr Menschen haben verstanden, dass im Umbauprozess Macht- und Eigentumsfragen angegangen werden müssen – das Versprechen technologischer Lösungen und einer wie auch immer zu erreichenden »Klimaneutralität«, ohne die Verhältnisse grundlegend zu verändern, verfing nicht mehr. Anti-faschistische Klimapolitik wird das in Anlehnung an Andreas Novy in Wien genannt.

Linke Bündnisse

Die SPD hat sich heute, Mitte der 2030er-Jahre, nach einer tiefen Krise und einem Linksschwenk inzwischen auf Bundesebene hinter der Linken bei Ergebnissen knapp unter 20% stabilisiert – sie bleibt die Brücke zu jenen liberalen Kräften, die von dem strammen Rechtskurs der Unionsparteien genug hatten. Die Grünen stehen bei etwa 15% und sind attraktiv für die liberalen Mittelschichten, die vor einigen Jahren merkten, dass sie ihr individualistisches und konsumorientiertes Freiheitsverständnis im Lichte der sich zuspitzenden Klimakrise hinterfragen müssen. In den letzten Jahren hat sich damit ein plurales linkes – in Einzelpunkten wie der Tiefe des Eingriffs in Eigentumsverhältnisse durchaus kontroverses – Projekt eines »progressiven Blocks« (Mario Candeias) für einen sozialen und ökologischen Umbau entwickelt, auch in vielen Bundesländern. Die Linke stach hervor als organisierende Partei, die verschiedene Spektren und deren Interessen und Werte klug miteinander verband – ohne Spannungen und Widersprüche zu übergehen – und Vielfalt zu ermöglichen. Sie war und ist die anerkannte Friedenspartei, die eine wichtige Rolle spielte, um die in den 2020er-Jahren noch zunehmende Militarisierung von Politik, Wirtschaft und Denken umzukehren. Ein emblematischer Konflikt war der letztendlich erfolgreiche Kampf gegen die Wehrpflicht.

Durchgesetzt hat sich die Einsicht, dass ein handlungsfähiger Staat erheblicher finanzieller und administrativer Ressourcen bedarf. Das gemeinsame Projekt der drei Parteien im Bündnis mit vielen Akteuren besteht seit einigen Jahren darin, die herrschende Austeritätspolitik in sozialen und ökologischen Bereichen zu überwinden und das in den 2020er-Jahren noch wachsende Rüstungsbudget zu begrenzen.

Die konservative Industriepolitik wurde vor allem von diesem Bündnis und mit wachsenden Teilen der Gewerkschaften hin zu einer progressiven Industriepolitik entwickelt. Drastischer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Krise der Autoindustrie wurde durch ihre Konversion hin zur Produktion öffentlicher Verkehrsmittel überwunden. Die Zielgröße, im Jahr 2050 nur noch sechs bis acht Millionen Autos in Deutschland zu haben (natürlich alle elektrifiziert und die meisten in kollektiver Nutzung) ist weiterhin realistisch. Die zunehmenden Probleme der Landwirtschaft und die hohen Energiepreise beschleunigten das, was die EU-Kommission in ihrem Europäischen Grünen Deal von 2019 ohnehin angeregt hatte: Einen drastischen Ausbau der ökologischen und klimaresilienten Landwirtschaft.

Das waren und sind bis heute allesamt enorm teure Projekte. Teilweise wurden sie durch die drastische Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer finanziert. Der Slogan der Linken »Die Reichen retten ihre Yachten!« wurde zum geflügelten Wort. Aber auch die gut verdienenden Mittelklassen haben – zugegebenermaßen nicht immer gerne – ihren Beitrag geleistet.

Polarisierende Forderungen und transformative Zellen

Ein geeigneter Modus der Intervention war und ist, polarisierende Forderungen zu formulieren und zu lancieren. Die Forderung nach Vergesellschaftung von Wohnraum war derart attraktiv und polarisierend, dass nach der Wahl in Berlin viele Kräfte versuchten, eine rot-rot-grüne Regierung zu verhindern.

Ein zweiter Modus erfolgreicher progressiver Politik war die intensive Organisierung der Menschen, aber auch eine pfiffige Ausweitung der Organisierungs-

frage. Gemeinsam mit Markus Wissen hatte ich Mitte der 2020er-Jahre den Begriff der »transformativen Zellen« vorgeschlagen. Er diente als Bezeichnung für sehr unterschiedliche Gruppen, formelle wie informelle Netzwerke *innerhalb* von Organisationen, die ganz konkret eine sozial-ökologische Ausrichtung der Organisation stärken wollten. Der Begriff hat in den Folgejahren dazu beitragen, dass sich engagierte Akteure selbstbewusster sahen und agierten. Es zeigte sich, dass die individuelle wie auch kollektive Handlungsfähigkeit von transformativen Zellen von vielfältigen Faktoren abhing wie unter anderem: Eigenes Wissen, Erfahrung, Vernetzung innerhalb und außerhalb der Organisation, von Motivation sowie von finanziellen, zeitlichen und institutionellen Ressourcen. Und es gehörte auch etwas Mut dazu und eine Art (kollektiver wie individueller) rebellischer Subjektivität innerhalb der Organisation. So konnte beispielsweise Wissen darüber entstehen, inwieweit ökologisch nachhaltigere Produkte technisch und wirtschaftlich sinnvoll etwa in der Nahrungsmittelindustrie produziert werden können. Oder wie Schienenfahrzeuge oder Elektrobusse anstatt von Verbrennerautos hergestellt werden können und über welche Wege und mit welchen (Druck-)Mitteln entsprechende Vorschläge ans Management und in die Belegschaft gelangen. Die Metapher der Zelle sollte auf gutes Wachstum und das Herstellen von Verbindungen hindeuten.

Doch diese Aufbrüche führten auch zu harten Diskussionen innerhalb der progressiven gesellschaftlichen Kräfte. Internationale und internationalistische Positionen blieben lange eher schwach. Es hat etwas gedauert, bis die Diskussionen um eine solidarische Weltwirtschaftsordnung Fahrt aufgenommen hatte. Doch heute kann man sagen, dass bei sehr vielen politischen Initiativen und Politiken die internationalen Implikationen mitgedacht werden: Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und Rohstoffförderung andernorts, der legitime Wunsch von Menschen in anderen Ländern nach einem besseren Leben (und sie nicht als billige Arbeitskraft oder Konkurrenten am Weltmarkt zu betrachten). Nach dem Desaster der Trump-Regierung und der Kriege gab es ab Ende der 2020er-Jahre die breite Einsicht, dass Weltpolitik und Weltwirtschaft besser kooperativ geregelt werden und Konflikte mit friedlichen Mitteln ausgetragen. Heute ist vielen klar: Der stattfindende tiefgreifende soziale und ökologische Umbau in Deutschland ist ein Beitrag zu einer globalen solidarischen und friedlichen Lebensweise.

Mittendrin im Umbau

Die Sommer wurden trotz dieses Umschwungs immer heißer, Dürren und Starkregen nahmen zu. Und auch die Kämpfe gegen die ökonomisch Mächtigen, für verstärkte Umverteilung von oben nach unten sowie um die Vergesellschaftung von Schlüsselbranchen sind bis heute von Fort- und Rückschritten begleitet. Am Ende waren es stark organisierte progressive Bewegungen, die Erfolge ermöglichten. Die Linke läuft heute nicht mehr Gefahr, Politik als etwas von der Gesellschaft und ihrer Organisierung Losgelöstes zu verstehen. Die früheren Tendenzen einer Übermacht von Karrierepolitiker*innen und Apparatschiks ohne große Verbindung zur Basis sind gebannt – zumindest vorerst.

Die progressiven Kräfte waren es, die sich in der zuspitzenden Krise um die Lebensbedingungen der Menschen kümmerten und gegen autoritäre Tendenzen für den Erhalt von Menschenrechten und individuellen Freiheitsrechten einsetzten. Sie standen und stehen dafür, dass die Vielen ein auskömmliches Leben führen können. Sie unterstützte den Hitzeschutz am Arbeitsplatz und in den Wohnungen, den Aufbau einer klimaresilienten Infrastruktur, die Deckelung von Einkommen und Vermögen, damit die finanziellen Ressourcen für den Umbau vorhanden waren.

Es blieb und bleibt schwierig, die Klimakatastrophe nimmt zu, die Traurigkeit vieler Menschen angesichts der Verhältnisse auch. Aber zumindest gibt es ernsthafte Entwicklungen hin zur Senkung der Treibhausgasemissionen. Und es haben sich vielfältige Formen »solidarischer Resilienz« entwickelt.

Impressum

Sozialismus.de ist ein Forum für die politische Debatte der Linken. Manuskripte und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Michael Wendl und SOST e.V.

Redaktion Sozialismus.de
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Postfach 10 61 27, 20042 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-40
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Redaktionssekretariat:
Bernhard Müller
Redaktion: Christoph Lieber, Bernhard Müller, Björn Radke, Bernhard Sander, Gerd Siebecke

Sozialismus.de erscheint 11 x jährlich (10 Hefte und 1 Doppelheft)
Einzelheft € 9,- | Abonnement € 85,- | Ermäßigtes Abo € 65,- | Auslandsabo € 105,- inkl. Porto | Ermäßigtes Auslandsabo € 85,- | Förderabonnement € 150,- | 300,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Abo-Jahrgangs.

Konto für Spenden und Abonnements:
Soz. Studiengruppe e.V.
GLS Bank Bochum
IBAN: DE63 4306 0967 2046 2368 00
BIC: GENODEM1GLS

Druck und Buchbindearbeiten:
Giro-Druck + Verlag GmbH, Schenefeld

ISSN 0721-1171

© 2026 Sozialistische Studiengruppe e.V.

Umschlagfoto: Mark Schiefelbein picture alliance/dpa



Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

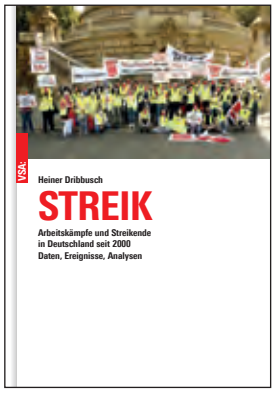
Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!







Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de